

# Protokoll

---

Datum:

27. Oktober 2014

Für:

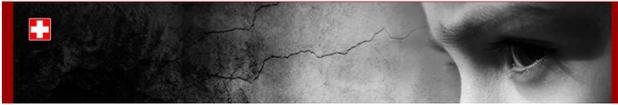
TeilnehmerInnen des Runden Tisches inkl. Stellvertretungen sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Aufstellung

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.135439 / 922/2014/00793

## Protokoll der 8. Sitzung des Runden Tisches vom 01. Oktober 2014

<b>Vorsitz:</b>	Luzius Mader	Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM Bundesamt für Justiz
<b>Teilnehmende mit Stimmrecht:</b>	Renate Amstutz	Schweizerischer Städteverband
	Olivier Baud	Fondation officielle de la Jeunesse
	Ursula Biondi	Vertreterin administrativ Versorgte
	Daniel Cevey	Betroffener
	Jean-Louis Claude	Betroffener
	Felix Fey	Schweizerischer evangelischer Kirchenbund SEK
	Kurt Gradolf	Vertreter Zwangssterilisierte
	Margrith Hanselmann	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK
	Lisa Hilafu	Vertreterin Zwangsadoptierte
	Thomas Huonker	Vertreter Fremdplatzierte
	Andreas Jost	Betroffener
	Peter Kopp	Schweizer Bauernverband SBV
	David Oberholzer	CURAVIVA Verband Heime und Institutionen Schweiz
	Alfred Ryter	Betroffener
	Marco Schmid	Schweizer Bischofskonferenz SBK
	René Schüpbach	Betroffener
	Uschi Waser	Vertreterin Jenische

	Diana Wider	Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES
	Maria-Luisa Zürcher	Schweizerischer Gemeindeverband
<b>Teilnehmende ohne Stimmrecht:</b>	Pierre Avanzino	Vertreter Historiker
	Ursula Schneider Schüttel	Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM
	Beat Gnädinger	Schweizerische Archivdirektorenkonfe- renz ADK
	Martin Lengwiler	Vertreter Historiker
	Loretta Seglias	Vertreterin Historiker
<b>Gäste:</b>	Patricia Kaiser	Bundesamt für Justiz
	Marco Ronzani	Coach/Moderator Betroffenenforum
	Claudia Scheidegger	Bundesamt für Justiz / Soforthilfe FSZM
	Nina Schneider	Bundesamt für Justiz
	Iris Widmer	Bundesamt für Justiz
	Clément Wieilly	Betroffener
<b>Protokoll:</b>	Rahel Müller	Bundesamt für Justiz
<b>Entschuldigt:</b>	Mirjam Aebischer	Integras Fachverband Sozial- und Son- derpädagogik
	Elsbeth Aeschlimann	Opferberatungsstelle Zürich
	Wolfgang Bürgstein	Schweizer Bischofskonferenz SBK
	Jacqueline Fehr	Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM
	Simon Hofstetter	Schweizerischer evangelischer Kirchen- bund SEK
	Elisabeth Keller	Eidgenössische Kommission für Frauen- fragen
	Annegret Wigger	Vertreterin Sozialwissenschaften



1 Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3 Der Delegierte eröffnet die Sitzung, begrüsst die Teilnehmenden und gibt die Entschuldigungen bekannt.

5 Herr Wieilly stellt sich kurz vor und berichtet über den durch ihn gegründeten Verein, der bezwecke, den Opfern ihre Würde zurück zu geben.

7 Aus organisatorischen Gründen wird die 8. Sitzung des RT ausnahmsweise nicht aufgezeichnet. Für die künftigen Sitzungen wird eine Aufzeichnung wieder sichergestellt.

9 **2. Zusammensetzung des Runden Tisches**

10 Der Delegierte schlägt Herrn Wieilly als Nachfolger von Frau Scheidegger vor. Dieser Vorschlag stösst auf breite Zustimmung.

12 Protokollanmerkung: Die aktualisierte Liste der Teilnehmenden des Runden Tisches wird innert Kürze auf der Homepage [www.fszm.ch](http://www.fszm.ch) aufgeschaltet.

14 Darüber hinaus bestehe aus seiner Sicht grundsätzlich kein Bedarf, die Zusammensetzung des RT zu ändern. Dies stehe aber selbstverständlich zur Diskussion.

16 Frau Biondi gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass der Rücktritt einzelner Mitglieder das Ziel des RT nicht abschwäche. Herr Claude bekräftigt die Wichtigkeit, weiterhin am RT teilzunehmen.

18 Der Delegierte informiert, die Nachfolge für Frau Zürcher werde mit dem Gemeindeverband aufgenommen.

20 Er verweist ferner auf die mögliche Teilnahme von Herrn Savary, der Interesse bekundet habe. Dies müsse heute nicht entschieden werden. Die Teilnehmenden diskutieren über eine mögliche Teilnahme von Herrn Savary, fällen aber keinen Entscheid.

23 **3. Informationen**

24 **3.1 Massnahmenvorschläge: Stand der Arbeiten (Bund und Kantone)**

25 Der Delegierte informiert, der Bundesrat habe am 19. September 2014 vom Bericht des RT formell Kenntnis genommen. Ein nächster wichtiger Schritt sei die Einsetzung der unabhängigen Expertenkommission gemäss dem Bundesgesetz über die Rehabilitierung administrativ versorgter Personen und die Auftragserteilung für die Lancierung eines nationalen Forschungsprogrammes für die umfassende Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Der Bundesrat werde sich gegen Ende Oktober 2014 mit einem Antrag zu diesen zwei Punkten befassen.

32 Die Auftragserteilung zur Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage sei ein nächster wichtiger Schritt. Der Bundesrat werde hierzu im November 2014 eine Aussprache führen.

1 Daneben verweist er auf bereits umgesetzte Massnahmenvorschläge wie die Empfehlungen  
2 betreffend die betriebsrechtliche und steuerrechtliche Behandlung der Soforthilfe und die  
3 Empfehlung betreffend die Berücksichtigung der Soforthilfe in der Sozialhilfe. Auch die Um-  
4 setzung der Vorschläge zur Schaffung einer Sondermünze und einer Sonderbriefmarke sei  
5 aufgegleist.

6 Frau Hanselmann informiert über die Vorstandssitzung der Sozialdirektorenkonferenz vom  
7 5. September 2014, an welcher der Vorstand den Bericht FSZM zur Kenntnis genommen  
8 habe. Sie zitiert ein Schreiben der SODK vom 8. September 2014 an die kantonalen Sozial-  
9 direktorinnen und -direktoren, welches unter anderem die Nichtanrechnung der Soforthilfe an  
10 die Sozialhilfe empfiehlt.

11 Protokollanmerkung: Die Empfehlungen werden innert Kürze auf der Homepage  
12 [www.fszm.ch](http://www.fszm.ch) aufgeschaltet.

13 Am Treffen der Anlaufstellen vom 21. August 2014 sei über den Bericht und die verabschie-  
14 deten Massnahmenvorschläge informiert worden. Per September 2014 seien in den kanto-  
15 nalen Anlaufstellen 874 Personen beraten und betreut worden.

16 Zwischenzeitlich habe auch der Kanton Zürich den Beschluss gefasst, zum Soforthilfefonds  
17 beizutragen. Offen seien nur noch die Kantone Schwyz und Genf.

18 Der Delegierte informiert, das Schreiben der SODK sei auch an die Konferenz der Sozialhil-  
19 festellen (SKOS) gegangen. Er betont, man soll ihn über konkrete Problemfälle informieren.

20 Frau Hilafu verweist auf sechs konkret vorliegende Fälle, wo die Soforthilfe bei der Sozialhil-  
21 fe berücksichtigt worden sei. Auch Frau Braunschweig werde noch auf den Delegierten zu-  
22 kommen. Der Delegierte bittet um Zustellung von Kopien. Herr Huonker verweist auf einen  
23 weiteren konkret vorliegenden Fall.

24 Frau Hilafu informiert, das Sozialamt habe teilweise Kenntnis über gestellte Gesuche. Der  
25 Delegierte versichert, dass das BJ und der Ausschuss Soforthilfe ohne ausdrückliche Zu-  
26 stimmung der Betroffenen keine Informationen weiterleiten würden. Er sei froh, wenn man  
27 ihm konkrete Fälle melde.

### 28 **3.2 Soforthilfe (Zahl der Gesuche, Organisation Ausschuss, Gesuchsbehandlung,** 29 **Finanzen, etc.)**

30 Gemäss der Auffassung des Delegierten funktioniert die Soforthilfe sehr gut. Es würden gut  
31 500 Gesuche vorliegen; per Ende Oktober könnten für rund 300 Gesuche Auszahlungen  
32 vorgenommen werden. Der Delegierte dankt Frau Scheidegger für Ihren grossen Einsatz.

33 Frau Biondi erkundigt sich, nach welchen Kriterien die Auszahlungen vorgenommen würden.

34 Frau Scheidegger informiert, per 30. September 2014 seien 520 Gesuche eingegangen. 15  
35 Gesuche seien zurückgestellt worden, weil zusätzliche Abklärungen notwendig gewesen  
36 seien. 4 Gesuche hätten mangels finanzieller Notlage abgelehnt werden müssen. Es werde  
37 erwartet, dass bis Ende 2014 noch rund 150 Gesuche eintreffen werden.

38 Frau Scheidegger erläutert den Ablauf der Gesuchsbehandlung. Eingegangene Gesuche  
39 würden vorweg auf das Alter der gesuchstellenden Person und auf die Dringlichkeit hin (z.B.  
40 bei Krankheit der gesuchstellenden Person) überprüft. Sie verweist auf die erste Auszahlung  
41 der Soforthilfe, welche an einen 103-Jährigen erfolgt sei. Daneben werde aber auch das  
42 Eingangsdatum des Gesuches berücksichtigt. Bei Gesuchseingang werde ein Bestätigungs-  
43 schreiben versendet. Die aufgearbeiteten Dossiers würden alsdann einer Ausschusssitzung  
44 zugewiesen, an welcher jeweils bis zu 50 Gesuche behandelt würden. Pro Dossier würden  
45 ca. fünf Stunden aufgewendet; eine schnellere Behandlung sei nicht möglich.

1 Für den Kanton Waadt gelte folgende Sonderlösung: Fälle, in denen die Massnahme(n) von  
2 Behörden des Kantons Waadt ergriffen worden seien, würden - im Einverständnis mit den  
3 Betroffenen - an den Kanton Waadt weitergeleitet. Im Gegenzug übermittle der Kanton  
4 Waadt Fälle von Personen, die im Kanton Waadt wohnen, bei denen aber mehrheitlich die  
5 Behörden anderer Kantone an den Massnahmen beteiligt gewesen waren. Falls der Sofort-  
6 hilfefonds durch diesen Austausch stärker belastet werde als der Fonds des Kantons Waadt,  
7 werde die Differenz ausgeglichen. Gegenwärtig habe der Kanton Waadt 15 Gesuche ausbe-  
8 zahlt.

9 Frau Scheidegger äussert den Wunsch, die Betroffenen beim Ausfüllen der Gesuche zu un-  
10 terstützen, damit die Unterlagen möglichst komplett seien. Dies ermögliche eine rasche Ab-  
11 wicklung.

12 Herr Claude informiert, im Kanton Waadt erfolge die Behandlung sehr schnell. Er verweist  
13 auf die unbefriedigende Situation im Kanton Genf. Der Delegierte nimmt diese Kritik entge-  
14 gen und bekundet seine Hoffnung, der Entscheidungsprozess im Kanton Genf werde nun  
15 stattfinden.

16 Herr Wieilly verweist auf schwer erkrankte Personen sowie auf Angehörige, die mit den fi-  
17 nanziellen Verpflichtungen schwer belastet würden. Der Delegierte betont, er sei froh, bei  
18 dringenden Fällen informiert zu werden. Er verweist auf die Ausnahmeregelung, gemäss  
19 welcher auch die zweite Generation in den Genuss der Soforthilfe kommen könne.

20 Der Delegierte informiert betreffend die Voraussetzung der finanziellen Notlage, dass Perso-  
21 nen, die Ergänzungsleistung erhalten, keine weiteren Auskünfte über ihre finanzielle Situati-  
22 on geben müssen. Personen, die keine Ergänzungsleistung erhalten, müssten hingegen  
23 über ihre finanzielle Situation informieren. Dabei orientiere man sich an den Ansätzen, die  
24 auch im Bereich der Sozialhilfe praktiziert werden. Frau Zürcher bestätigt die Ausführungen  
25 des Delegierten. Der Delegierte betont, Auszahlungen könnten ohne jegliche finanzielle An-  
26 gaben nicht erfolgen.

27 Herr Jost möchte gerne konkrete Zahlen hören. Frau Zürcher informiert, der Mittelwert für  
28 Ergänzungsleistungen liege ungefähr bei CHF 3'000/Monat für eine Einzelperson. Hier gebe  
29 es aber klar kantonale Unterschiede.

30 Herr Huonker macht auf die begrenzte Alimentierung des Fonds aufmerksam. Der Delegierte  
31 verweist auf das Ziel, der Fonds sollte über fünf bis acht Millionen Franken verfügen. Falls  
32 sich die sich abzeichnende Tendenz realisiere, werde diese Summe für einen durchschnittli-  
33 chen Beitrag von 8'000 Franken reichen. Die fünf Millionen Franken der Kantone seien prak-  
34 tisch zusammen. Nun stelle sich die Frage der zusätzlichen Mittelbeschaffung. Hier würden  
35 bereits einzelne Zusicherungen und Auszahlungen vorliegen. Er sei relativ zuversichtlich.

36 Protokollanmerkung: Traktandum "Sparbüchlein/Sparkonten" wird vorgezogen.

#### 37 **4. Sparbüchlein/Sparkonten von Opfern FSZM (Fragestunde im Nationalrat)**

38 Der Delegierte verweist auf die Fragen der Nationalräte Aebischer und Leutenegger Ober-  
39 holzer. Seiner Meinung nach sei dies ein Thema, das auch bei der wissenschaftlichen Aufar-  
40 beitung zu berücksichtigen sei. Über konkrete Hinweise und Informationen sei er sehr dank-  
41 bar.

42 Frau Wider erkundigt sich nach konkreten Vorschlägen, wie die KOKES vorgehen soll. Das  
43 Problem sei ihrer Meinung nach weniger die Gesetzesänderung, welche per 1. Januar 2015  
44 in Kraft trete. Es gehe um jene Konten, welche bereits aufgelöst worden seien; sei es durch  
45 den Vormund oder durch die bevollmächtigte Person. Die Bank müsse in solchen Fällen die  
46 Belege nur während zehn Jahren aufbewahren.

1 Frau Hilafu informiert, dass bei Adoptionen häufig noch Alimente verlangt worden seien. Es  
2 sei abzuklären, ob diese Alimente im Eigentum des Staates oder des betroffenen Kindes  
3 stehen.

4 Herr Huonker verweist auf die unterschiedliche Aktenlage. Es gäbe Akten, wo Daten über  
5 Erstellung, Verwaltung oder Auszahlung solcher Sparbüchlein vorliegen würden. Aber teil-  
6 weise sei den Akten diesbezüglich überhaupt nichts zu entnehmen oder sie seien sogar ver-  
7 nichtet worden. Er verweist auf das Schicksal von Walter Emmisberger, Präsident des Ver-  
8 eins Fremdplatziert, und verteilt einen Auszug aus dessen Akten mit der Erwähnung eines  
9 verschollenen Bankbüchleins. Bei den nachrichtenlosen Vermögen von Holocaustopfern  
10 seien verschiedene Massnahmen getroffen worden. Einerseits seien dies die Ernennung und  
11 die Arbeiten der Bergier-Kommission gewesen. Deren historische Arbeiten seien aber nicht  
12 die einzigen und nicht die aufwendigsten Abklärungen gewesen. Für die Volcker-  
13 Kommission habe man Finanzexperten mit der Analyse dieser Vorgänge beauftragt. Und des  
14 Weiteren hätten die Schweizer Banken eine pauschale Ausgleichszahlung von 1, 25 Milliar-  
15 den Franken an überlebende Holocaustopfer sowie Erben betroffener Holocaustopfer geleis-  
16 tet. Ein ähnliches Vorgehen sei auch hier angebracht. Die Banken seien zu sensibilisieren  
17 und es sei auch zu überlegen, ob und wie die Banken pauschal an den Soforthilfefonds und  
18 den geplanten allgemeinen Wiedergutmachungsfonds beitragen könnten. Die wissenschaftli-  
19 che Aufarbeitung sei wichtig, aber nicht die einzige mögliche Massnahme.

20 Herr Cevey verweist auf einen Artikel im Le Matin. Die Verantwortung liege bei den Kanto-  
21 nen.

22 Der Delegierte betont, die Fakten seien nun abzuklären.

23 Herr Wielly verweist auf Arbeitskräfte, die von der Schweizer Armee ausgenutzt worden sei-  
24 en. Er ergänzt, er habe sein Sparbuch über die justice de paix wieder gefunden. Das Spar-  
25 buch laute jeweils auf den Namen des Betroffenen. Dieser Hinweis wird dankend entgegen  
26 genommen.

### 27 **3.3 Wissenschaftliche Aufarbeitung: Unabhängige Expertenkommission sowie** 28 **Nationales Forschungsprogramm**

29 Der Delegierte verweist auf das Gesagte betreffend die anstehenden Bundesratsentscheide.

30 Herr Lengwiler ergänzt, die Papiere, welche die Basis dieser Entscheide bilden würden, sei-  
31 en dem RT bekannt und von diesem unterstützend zur Kenntnis genommen worden. Die  
32 Idee sei, dass beide Einrichtungen eng miteinander zusammen arbeiten werden. Der Einbe-  
33 zug des RT sei stark zu gewichten. Nun sei der Entscheid des Bundesrates abzuwarten.

34 Herr Ryter erkundigt sich, wie die Betroffenen erfasst würden. Herr Lengwiler informiert, der  
35 Austausch zwischen den Betroffenen und den Forschenden werde vorerst über den RT lau-  
36 fen. Dies sei aber keine exklusive Beziehung. Wie der Kreis weiter gefasst werde, müsse die  
37 unabhängige Expertenkommission oder die Leitung des nationalen Forschungsprogrammes  
38 definieren. Anregungen von Betroffenen würden gerne aufgenommen. Der Delegierte er-  
39 gänzt, es sei unbestritten, dass die Betroffenen mit einzubeziehen seien. Es sei projektbezo-  
40 gen unterschiedlich vorzugehen. Denkbar seien auch Aufrufe. Bei den Gesuchsformularen  
41 für die Soforthilfe sei ebenfalls die Frage gestellt worden, ob Bereitschaft bestehe, bei der  
42 wissenschaftlichen Aufarbeitung mitzuwirken. Dies sei zumeist der Fall.

43 Frau Hilafu erkundigt sich, warum sich das Forschungsprogramm in Zürich auf die Zeit nach  
44 1950 beschränke. Der Delegierte stellt klar, dass der Bund hier keine Vorgaben gemacht  
45 habe. Dies sei ein unabhängiges Projekt.

### 1 **3.4 Stand Volksinitiative**

2 NR Schneider Schüttel informiert, es würden rund 85'000 Unterschriften vorliegen. Zwi-  
3 schenzeitlich hätten sich auch Parteimitglieder der SVP dem Unterstützungskomitee ange-  
4 schlossen. Ein neues berühmtes Mitglied sei alt Bundesrat Adolf Ogi. Frau Biondi verweist  
5 auf ein ein geführtes Gespräch mit NR Lukas Reimann. Frau Waser betont die Wichtigkeit,  
6 dass das Thema in die Geschichtsbücher Eingang finde. Herr Huonker ergänzt, auch der  
7 ehemalige Präsident des Bauernverbandes habe unterschrieben.

8 Herr Ryter erkundigt sich, was passiere, wenn die Initiative dem Volk zur Abstimmung vorge-  
9 legt werde und dieses die Initiative ablehne. Der Delegierte informiert über das Ziel, dass die  
10 Gesetzesvorlage entsprechend den Vorschlägen des RT auf dem Tisch sei, bevor die Initia-  
11 tive zur Abstimmung gelange. Dies würde ermöglichen, die Vorschläge als indirekten Ge-  
12 genvorschlag zur Initiative zu konzipieren. Diesfalls könnte die Initiative zurückgezogen wer-  
13 den. Falls kein Rückzug erfolge und es bei einer Abstimmung zu einem negativen Ergebnis  
14 komme, wäre es ausserordentlich schwierig, Zustimmung für die Vorlage entsprechend den  
15 Vorschlägen des RT zu erhalten.

## 16 **5. Runder Tisch**

### 17 **5.1 Auftrag und Ziele des RT**

18 Der Delegierte verweist auf den erfüllten Auftrag, Massnahmenvorschläge zu erarbeiten.  
19 Nun gehe es schergewichtig um die Begleitung der Umsetzung der Massnahmenvorschlä-  
20 ge.

### 21 **5.2 Behandlung weiterer Themen bzw. Vertiefung bereits behandelter Themen; ev.** 22 **Anhörungen?**

23 Frau Hilafu verweist auf eine Anregung von NR Schneider Schüttel und beantragt einen  
24 "Ausweis" der bestätige, Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen zu sein. NR  
25 Schneider Schüttel ergänzt, es gehe darum, als betroffene Person das Geschehene nur  
26 einmal erklären zu müssen ("Bestätigung", "Anerkennung"). Damit müssten aber v.a. auch  
27 die Betroffenen einverstanden sein. Der Delegierte erkundigt sich, wer diese Bestätigung  
28 ausstellen könnte. NR Schneider Schüttel fragt, ob dies im Rahmen des Soforthilfefonds  
29 möglich sei. Der Delegierte verweist auf das Bestätigungsschreiben, in welchem die Opferei-  
30 genschaft bestätigt werde. Dies betreffe aber nur gesuchstellende Personen sowie jene,  
31 welche die finanziellen Voraussetzungen für die Soforthilfe erfüllen würden. Herr Avanzino  
32 verweist betreffend Anerkennung der Opfereigenschaft auf die Parallele der Kinder, die  
33 Kriegsoffer waren. Der Delegierte nimmt das Anliegen auf und sichert zu, mögliche Mass-  
34 nahmen würden geprüft und es werde an einem späteren RT darauf zurückgekommen.

35 Herr Ryter erkundigt sich, wie vorzugehen sei, wenn Betroffene über keine Beweismittel ver-  
36 fügten. Der Delegierte erläutert, schriftliche Beweismittel seien nicht nötig. Es genüge, wenn  
37 die Opfereigenschaft glaubhaft gemacht werden könne. Frau Biondi weist darauf hin, dass  
38 die Dauer eines Aufenthaltes in einer Strafanstalt nicht massgebend sei. Herr Schüpbach  
39 bestätigt, es sei sehr schwierig, das Vergangene zu beweisen. Der Delegierte bekräftigt,  
40 Beweise könnten nicht verlangt werden. Herr Wieilly erläutert für seinen Verband, dass er  
41 über viele Dokumente verfüge. Der Delegierte fügt an, bei der Erfassung der Soforthilfege-  
42 suche würden auch die Heime und Anstalten erfasst. Dies gebe auch Hinweise für andere  
43 Gesuche.

44 Frau Hilafu verweist auf die durch Zwangsadoption-Schweiz erstellte Liste möglicher The-  
45 men. Gerade bei den jüngeren Generationen sei die Integration in den Arbeitsmarkt zu the-

- 1 matisieren. Bei der älteren, teilweise vereinsamten Generation, sei ebenfalls ein Programm  
2 zu diskutieren. Daneben gehe es auch um Rückerstattungen finanzieller Leistungen.
- 3 Herr Cevey verweist auf die sieben Sitzungen des RT, an welchen er teilgenommen habe.  
4 Im Hinblick auf die Verantwortlichkeit von Behörden habe sich nichts verändert. Er verlange,  
5 die Frage der Entschädigung sei nicht dem Parlament vorzulegen. Das Parlament habe da-  
6 mals auch nicht reagiert. Die Opfer seien so schnell wie möglich zu entschädigen. Sie hätten  
7 einen Anspruch darauf. Es brauche einen Noterlass. Er erkundigt sich zudem, warum die  
8 Ärzteschaft am RT nicht vertreten sei. Der Delegierte verweist darauf, dass der RT keine  
9 Kompetenzen habe, einen Noterlass zu erlassen. Es sei Aufgabe des RT die Möglichkeiten  
10 zu schaffen, dass der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage unterbreiten könne. Einer Er-  
11 weiterung des RT stehe er hingegen sehr offen gegenüber. Herr Cevey stellt klar, es gehe  
12 nicht um jene Behörden, die am RT vertreten seien, sondern um jene, denen er im Alltag  
13 begegne.
- 14 Frau Biondi betont, es dürfe keinen Täterschutz mehr geben. Sie verlange die Namensnen-  
15 nung der damaligen Täter. Der Delegierte bestätigt, dieses Anliegen habe auch in den Be-  
16 richt Eingang gefunden.
- 17 Herr Ronzani nennt zwei Perspektiven, deren Aufnahme (als Thema) er als nützlich empfin-  
18 den würde: Selbsthilfe und Versöhnung. Der Delegierte nimmt diese Anregungen dankend  
19 entgegen. Im Zusammenhang mit der Versöhnung schlägt er vor, die Diskussion zuerst im  
20 Rahmen des Betroffenenforums zu führen.
- 21 Herr Jost kommt zurück auf das Votum von Herrn Cevey und verweist auf das Verursacher-  
22 prinzip. Die Betroffenen seien besser einzubinden und zu unterstützen.
- 23 Frau Hilafu wünscht die Durchführung von Hearings und rät von einer Vergrösserung des RT  
24 ab. Eine Vergrösserung erachte sie nicht als konstruktiv.
- 25 Herr Wieilly erläutert, gemeinsam und insbesondere mit Unterstützung des Delegierten, kön-  
26 ne häufig mehr erreicht werden. Er verweist insbesondere auf ein laufendes Fernsehprojekt.  
27 Der Delegierte betont die Wichtigkeit solcher Projekte.
- 28 Herr Schüpbach verweist auf seine schlechten Erfahrungen mit dem Schweizer Fernsehen.  
29 Nach dem ganzen Aufwand werde der für morgen vorgesehene Beitrag nun nicht ausge-  
30 strahlt. Auch Frau Hilafu weist auf geführte Interviews hin, die schliesslich nicht verwendet  
31 worden seien.
- 32 Der Delegierte hält fest, die Medien könnten einen grossen Beitrag leisten, um den Anliegen  
33 des RT zum Durchbruch zu helfen. Er schlägt vor, an einer nächsten Sitzung dieses Thema  
34 nochmals aktiv zu diskutieren.
- 35 Herr Huonker macht eine Bündelung der Öffentlichkeitsarbeit beliebt. Er denke an Anhörun-  
36 gen von Betroffenen. Dies brauche aber auch ein Budget. Er sei gerne bereit, in einem Aus-  
37 schuss des RT mitzuwirken. Der Delegierte verweist auf Ziffer 6 des Berichtes, wo dieses  
38 Anliegen ebenfalls festgehalten worden sei. Dies sei ein wichtiger Punkt.

### 39 **5.3 Antrag Zwangsadoption - Schweiz**

- 40 Der Delegierte hält betreffend Antrag Zwangsadoption Schweiz fest, die genannten Punkte  
41 seien aufzunehmen.

### 42 **5.4 Zwangsmedikation**

- 43 In Anlehnung an den Vorschlag von Frau Hilafu schlägt der Delegierte vor, am RT eine An-  
44 hörung zum Thema Zwangsmedikation durchzuführen.

## 1 **6. Betroffenenforum**

2 Die nächste Sitzung findet am 23. Oktober statt.

### 3 **6.1 Kollektiver Versöhnungsprozess?**

4 Herr Ronzani erläutert, er sei häufig auf die Frage der Versöhnung angesprochen worden.  
5 Im Rahmen seiner Erfahrungen im Bereich der Mediation habe sich gezeigt, dass eine ge-  
6 meinsame konstruktive Zusammenarbeit häufig eine Versöhnung voraussetze. Vorausset-  
7 zung einer Versöhnung sei, dass verantwortliche Institutionen sich bereit erklären, teilzu-  
8 nehmen. Daneben sei notwendig, dass Betroffene bereit seien, vor verantwortlichen Instituti-  
9 onen oder Repräsentanten ihre Geschichte zu schildern. Herr Ronzani nennt die erforderli-  
10 chen Rahmenbedingungen sowie die mögliche Ausgestaltung eines solchen kollektiven Ver-  
11 söhnungsprozesses. Herr Frey führt aus, die Versöhnung habe zumindest teilweise im Rah-  
12 men des RT bereits begonnen. Was hier ausgespart werde, sei die Öffentlichkeit. Er schlägt  
13 vor, in einer kleinen Gruppe die Medienarbeit vorzubereiten.

14 Frau Biondi führt aus, im Moment sei in ihrem Verein niemand bereit, bei einem solchen Pro-  
15 zess mitzuwirken. Zuerst müsse der Staat seinen Verpflichtungen nachkommen. Herr Clau-  
16 de bekräftigt, das Thema Versöhnung komme zu früh.

17 Herr Jost führt aus, der RT müsse zuerst einmal Glaubwürdigkeit erlangen, was seines Er-  
18 achtens absolut noch nicht erreicht worden sei. Einerseits, weil sich in seinem sowie auch im  
19 Leben anderer Betroffener kaum etwas verändert habe. Und Andererseits, weil er nicht nur  
20 seitens der Behörden einen bedenklichen Mangel an Empathie verzeichne. Er ersucht die  
21 Anwesenden, sich aus der eigenen, durch das Umfeld natürlich bedingten Befangenheit zu  
22 lösen um die tatsächliche Tragweite der Probleme, sowie auch den dringlichen Handlungs-  
23 bedarf erkennen zu können. Er verweist auf das vorbildliche Verhalten von Herrn Stadler,  
24 sowie auf jenes von Frau NR Schneider Schüttel. Ihre Empathie und Feingefühl seien es,  
25 welche zuerst einmal Glaubwürdigkeit und damit eine Basis für den Versöhnungsprozess  
26 schaffen würden.

27 Der Delegierte dankt Herrn Ronzani für seine Ausführungen. Er erachte es als sinnvoll, wenn  
28 im Rahmen des Betroffenenforums darüber gesprochen werde und dann am RT wieder da-  
29 rauf zurückgekommen werde.

30 Frau Hilafu erkundigt sich, ob der Delegierte auch künftig an den Sitzungen des Betroffenen-  
31 forums kurz teilnehme. Der Delegierte erwidert, falls dies gewünscht werde, sei er jeweils  
32 gerne verfügbar.

## 33 **7. Weiteres Vorgehen**

34 Der Delegierte verweist auf die geführte Diskussion betreffend mögliche künftige Themen  
35 des RT. Man werde sich nun überlegen, wie und wann diese Themen angegangen werden  
36 könnten. Vorschläge würden am nächsten RT unterbreitet und einzelne Themen könnten  
37 bereits am nächsten RT diskutiert werden. Er schlägt vor, den nächsten (ganztägigen) RT in  
38 der ersten Hälfte Januar durchzuführen. Bis dann würden die Grundsatzentscheide des  
39 Bundesrates vorliegen und einzelne heute angesprochene Themen wären bis dann diskus-  
40 sionsbereit.

41 Nächster Sitzungstermin: **Mittwoch, 14. Januar 2014**, 09.30 Uhr

42 Für die weiteren RT im Verlauf des nächsten Jahres werden die Termine von Sitzung zu Sit-  
43 zung fixiert.

1 **8. Varia**

2 Frau Biondi erkundigt sich über die Verjährungsfrist für durch den Staat begangene Delikte.  
3 Der Delegierte stellt eine schriftliche Auskunft in Aussicht.

4 Der Delegierte verweist auf die "Organisation für Finanzbeistand und Soforthilfe". Diese Or-  
5 ganisation sei klar von der Soforthilfe des RT zu trennen und sei nicht seriös.

6 Herr Claude informiert über die geführte Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche in  
7 Freiburg. Er habe dem Bischof ein Schreiben mit detaillierten Angaben zukommen lassen.  
8 Die Antwort liege zwischenzeitlich vor und es seien nun auch Dokumente ausgehändigt wor-  
9 den. Die Archive seien nun also zumindest teilweise geöffnet worden, was ein wichtiger  
10 Schritt in Richtung Versöhnung sei. Seiner Meinung nach sei der RT nicht aktiv genug gewe-  
11 sen. Er wünsche sich ein Team des RT, das den Betroffenen bei der Auseinandersetzung  
12 mit der katholischen Kirche unterstützend zur Seite stehe. Der Delegierte verweist auf Über-  
13 legungen der Bischofskonferenz zur Schaffung eines Fonds für Opfer von pädophilen Pries-  
14 tern. Solche Entwicklungen und ernsthafte Gedanken seien sehr erfreulich. Es gebe auch  
15 eine parlamentarische Gruppe, die sich mit diesem Thema befasse.

16 Herr Schüpbach informiert über seine Lesung vom Dienstag, 7. November 2014, 20.00 Uhr,  
17 in der Buchhandlung Schreiber in Olten.

18 Protokollanmerkung: Der Flyer zur Veranstaltung liegt dem Protokoll bei.

19 Der Delegierte dankt den Übersetzerinnen für ihre wertvolle Arbeit und schliesst die Sitzung.

20 Sitzungsende: 17:30 Uhr